

Siegfried Schönherr

***Gemeinsame Sicherheit –
zu welchen Kosten?***

aus:

Gemeinsame Sicherheit –
ein schwieriger Lernprozess

DSS-Arbeitspapiere

Heft 70 - 2004

Prof. Dr. Rolf Lehmann zum 70. Geburtstag am 5. Mai 2004

Inhaltsverzeichnis

	<u>Seite</u>
<u>Grußworte:</u> Hans Süß, Klaus Freiherr von der Ropp, Wolfgang Demmer, Wolfgang Knorr, Gustav Urbani	7
Hans Modrow Frieden ist mehr als nur ein Wort ...	17
Werner von Scheven „Den Menschen dienen heißt ein Leben lang lernen und sagen was ist“	21
Paul Heider Zu den Ursprüngen der Dresdener Studien- gemeinschaft Sicherheitspolitik e. V. aus der Sicht eines Militärhistorikers	28
Wilfried Schreiber Die Botschaft der Akademie wurde gehört – Eine Erinnerung	36
Wolfgang Scheler Konfrontative oder gemeinsame Sicherheit	52
Hermann Hagena Angriff die beste Verteidigung? Zur wechselvollen Geschichte dieses Prinzips	61
Horst Großmann Die „neuen Kriege“ – Logisches und Historisches	73
Max Schmidt Europäisierung der Friedenssicherung – Macht die OSZE noch Sinn?	85
Lothar Schröter Anspruch versus Logik militärischer Macht- entfaltung der Europäischen Union (EU)	100
Ernst Voit Menschenrechte und bewaffnete Intervention	117
Joachim Klopfer Abrüstung und Rüstungskontrolle – durch Krieg?	126
Siegfried Schönherr Gemeinsame Sicherheit – zu welchen Kosten?	136
Günther Oppermann Zur Sicherheit in der Wirtschaft im Spiegel der Thermodynamik	151
Dietmar Schössler Kasernenstaat Nordkorea	159
Publikationen Rolf Lehmann (Auswahl)	183
Autorenverzeichnis	186

Gemeinsame Sicherheit – zu welchen Kosten?

Statt einer Einleitung

Wenn sich Friedensbewegte wie der Jubilar, dem die vorliegende Schrift gewidmet ist, immer wieder voller Sorge Gedanken über die gegenwärtige Sicherheitslage in Europa und in der Welt machen und dabei ihre Erfahrungen als langjährig Bedienstete in den bewaffneten Organen der DDR und als Nachwende-Mitdenker und -Mitgestalter einer globalen Friedensordnung einzubringen versuchen, gehen sie keineswegs von fundamentalistischen, radikalpazifistischen Positionen aus. Natürlich muß man Visionen haben. Und der Jubilar hatte und hat sie. Nur dann kann man Revolutionäres erreichen, was bitter not tut. Visionen dürfen aber nicht mit Illusionen verwechselt werden. Sehr schnell wird man dann zum Phantasten, der an der rauhen Wirklichkeit zerbrechen muß. *Realos* unter den Friedensfreunden, zu denen der mit diesem Beitrag zu Ehrende mit Sicherheit gehört, berücksichtigen sehr wohl, daß ihre Vorschläge für eine dauerhafte und stabile Sicherheit nur Realisierungschancen haben, wenn mindestens drei Faktoren gebührend berücksichtigt werden:

- Die nach dem Ende des Kalten Krieges zur Weltführungsmacht aufgestiegenen USA wollen ihre gegenwärtig noch vorhandenen starken ökonomische Positionen und ihre absolute militärische Überlegenheit für die Etablierung einer *neuen Weltordnung* - vorbei am geltenden Völkerrecht - rigoros ausnutzen.
- Die führenden imperialistischen Staaten Europas - allen voran Frankreich und die BRD - wenden sich gegen eine solche vorrangig militärisch determinierte Sicherheitspolitik unter dem Firmenschild des *Kampfes gegen den Terrorismus*, messen den nichtmilitärischen Elementen der Sicherheit größere Bedeutung bei, sind sich aber in der Zielsetzung nach einer Art neokolonialistischer Weltmachtspolitik im Interesse neoliberaler Globalisierung mit den USA weitgehend einig. Auch in der politischen Klasse der BRD gibt es mittlerweile Konsens, daß robustes militärisches Eingreifen als *Ultima Ratio* – und damit selektive militärische Interventionen in entsprechenden Krisengebieten – in die politische Klaviatur der heute Herrschenden gehören müssen. Diese selbstbewußte Haltung der Europäer stützt sich zudem auf die Annahme, daß - nicht zuletzt durch die EU-Erweiterung - das ökonomische Potential Kemeuropas im Wettbewerb mit den USA immer bessere Möglichkeiten schafft, sich als Global Player der Weltpolitik größere Geltung zu verschaffen und eigene Positionen durchzusetzen. Inwieweit sich dabei ein Kemeuropa als Gravitationszentrum bewähren bzw. behaupten kann, bleibt abzuwarten. Das Widerstands- und

Widerspruchspotential innerhalb der europäischen Staaten ist nach wie vor sehr beachtlich.

- Dieser weitgehende Konsens, wonach Kriege wieder führbar werden, vollzieht sich immer noch auf dem Hintergrund einer wissenschaftlich-technischen Entwicklung, die der Kriegführung Mittel zur Verfügung stellt, die weit über den Zweck jedes Krieges hinausgehen. Wir leben nach wie vor im Atomzeitalter und müssen in seinen Kategorien denken und handeln.

Wenn friedensbewegte Bürger in ihrem Bemühen um eine dauerhafte und stabile Sicherheitslage auf den Grund der Dinge schauen wollen, um realistische Anti-kriegspositionen zu beziehen, müssen sie demzufolge mindestens drei Fragen an ihre Regierenden stellen:

- Wie sieht das konkrete sicherheitspolitische Konzept aus, das in der gegenwärtig sich ständig verändernden Weltlage dem Regierungshandeln zugrunde liegt?
- Mit welchen einzelnen Maßnahmen wird es in den jeweiligen Einsatzräumen verwirklicht?
- Welche materiellen Mittel stehen dafür zur Verfügung bzw. werden künftig aufgeboden? Die Skala dieser Mittel muß genau so umfassend beurteilt werden wie die Breite sicherheitspolitischer Aktivitäten. Bewaffung, Ausrüstung und Versorgungsgüter der Streitkräfte sowie ihre umfangreichen Dienstleistungen werden ebenso komplex zu beurteilen sein wie jene Ressourcen, die für die sicherheitsrelevante Außen-, Kultur- oder Entwicklungspolitik zur Verfügung stehen.

Damit berühren wir auch im militärischen und im Sicherheitsbereich das ewige Wechselspiel, das für moderne Industriegesellschaften, welche auf der Basis von Markt- und Geldwirtschaften fungieren, überhaupt charakteristisch ist: die Dialektik zwischen Investitionen und Finanzierung. Ein erstes zentrales gesamt- und sozialpolitisch bedeutsames Problem beschäftigt dabei den Bürger: Welche Mittel – und damit welches Kapital – verwendet der Staat, um seine sicherheitspolitischen Ziele zu erreichen, und wie *wandelt* er beides in entsprechendes (*Volks-*) *Vermögen* um? Das berührt den Investitionsaspekt der Sicherheitspolitik. Eine zweite zentrale gesamt- und vor allem wirtschaftspolitisch wichtige Frage interessiert die Öffentlichkeit nicht minder stark: Woher beschaffen sich die Regierenden dieses Kapital, wer stellt diese Mittel - und in welchem Umfang - zur Verfügung? Längst sind die Zeiten vorbei, wo sie fast ausschließlich aus Steuermitteln stammen und über den Staatshaushalt umverteilt werden. Damit tritt der Finanzierungsaspekt in das Blickfeld der Betrachtung.

Wirtschaftsbetriebe, die Volkswirtschaft überhaupt, werden - wenn sie solche Fragen stellen und beantworten - immer an der Bilanz bzw. an der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung gemessen. Ihre Bewertungen entscheiden über Erfolg oder Mißerfolg. Im Sicherheitsbereich ist das vom Prinzip her nicht anders. Nur werden Aktiva und Passiva nach anderen Kriterien beurteilt. Sie werden in Gegenüberstellung von volkswirtschaftlichem Ressourceneinsatz und Grad an allgemeiner Sicherheit bemessen. So logisch diese Kriterien als Bewertungsmaßstab erscheinen mögen, so schwierig ist es, sie hinreichend genau zu bestimmen und zu handhaben.

Damit sind wir, wenn wir den engeren militärischen Bereich heutiger Sicherheitspolitik herausgreifen, bei der Rüstungsfinanzierung. In Umfang, Tempo und Ziel spielt sie eine Vermittlerrolle zwischen dem ökonomischen Potential und seiner militärischen Nutzung. Sie hat eine Widerspiegelungsfunktion. In der Regel steht sie am Anfang militärpolitischer Entwicklungen, leitet Prozesse ein, lenkt sie in bestimmte Richtungen. Damit nimmt Rüstungsfinanzierung künftige Entwicklungen im militärischen und Sicherheitsbereich voraus. Daß dem strategische Ausgangsüberlegungen und politische Konzeptionen zugrunde liegen, steht außer Zweifel. In der Bundesrepublik waren und sind sie leider oft sehr allgemein gehalten, parteipolitisch geprägt – und zudem kaum demokratisch (parlamentarisch) legitimiert.¹

Diese hohe gesellschaftliche Relevanz der Rüstungsfinanzierung im engeren und der Finanzierung der Sicherheit im weiteren Sinne führte dazu, daß diese sozialen Phänomene in der Geschichte oft eine so große Rolle gespielt haben. Sie bestimmten an vielen historischen Wendepunkten nicht nur die politischen Grabenkämpfe zwischen den Parlamentariern, auch im Lebensalltag breiter Bevölkerungsteile schlugen sie sich nieder und provozierten oft breitesten Widerstand. Erinnerung sei an die Bewilligung der Kriegskredite am Vorabend des Ersten Weltkrieges oder an die Aufrüstungsphase Hitlerdeutschlands in der zweiten Hälfte der 30er Jahre des vorigen Jahrhunderts. Auch in der Periode der Remilitarisierung der BRD bewegte die Finanzierung dieser Prozesse die bundesdeutsche Öffentlichkeit in sehr nachhaltiger Weise.

In der heutigen Zeit, so scheint mir, ist dieses finanzökonomische Denken bei der Beurteilung von Sicherheits- und Militärpolitik der Staaten und Staatengemeinschaften in den Hintergrund getreten. Oder sollte man besser formulieren: Es ist bewußt in den Hintergrund gedrängt worden? Und wenn eine regierungskritische Öffentlichkeit davon Notiz nimmt, so betrifft das meist nur einzelne Seiten dieser Prozesse, etwa den Rüstungsexport und seine Finanzierung.

¹ Siehe Verteidigungspolitische Richtlinien für den Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung vom 21.05.2003.

Sicher unbeabsichtigt, berauben wir Friedensbewegte uns dadurch einer Informationsmöglichkeit und verzichten auf einen Mobilisierungsfaktor im Ringen um eine gerechte Friedensordnung. Das ist bedauerlich, da heute in der Rüstung und Rüstungsfinanzierung sehr widersprüchliche Tendenzen offen zutage treten und uns gemeinsam vor erhebliche Orientierungsschwierigkeiten stellen. Nicht nur Streitkräfteentwicklung und Sicherheitspolitik haben neue, bisher kaum bekannte Gesichter. Auch zu ihrer Finanzierung laufen – neben den herkömmlichen – *innovative* Prozesse ab, die schwer erkenn- und durchschaubar sind. Sie sollten stärker thematisiert werden, ohne daß das *Hauptgeschäft*, das *Hauptereignis*, der Militäreinsatz etwa, aus dem Fokus gerät.

Rüstung und Rüstungsfinanzierung heute – ausufernd und komplex

Natürlich ist der außen- und sicherheitspolitische Hintergrund gegenwärtiger Rüstungsfinanzierung völlig anders als zur Zeit des Kalten Krieges. Wir haben es heute nicht mit der Bipolarität zweier Gesellschaftssysteme zu tun. Es handelt sich um multipolare Konflikte mehrerer Weltzentren mit der Tendenz, regionale oder globale Macht- oder Großmachtpositionen zu erhalten bzw. auszubauen. Dabei wird Außen- und Sicherheitspolitik wieder mehr und mehr militärisch bestimmt.

In erschreckendem Tempo wird aber jene multipolare Welt durch die unilateralen Bestrebungen der USA geprägt, die alle Fragen dieser Erde allein und ohne Berücksichtigung der Interessen anderer bestimmen wollen. Sie erheben einen globalen Führungsanspruch, der vor allem genutzt werden soll, politische Kontrolle über die Ressourcen auf dem Globus zu erlangen. Die ökonomische Determiniertheit solcher Art Sicherheitspolitik liegt auf der Hand. Auch die Gegenseite - Europa - fühlt sich unter dieser Voraussetzung einer neuen Art Kalten Krieges untereinander gezwungen zu handeln.²

Mit der Brille des Ökonomen betrachtet, entstehen aus einer solchen Situation bisher nicht gekannte Rüstungsanforderungen, die der Politiker gerne verschweigt und der Militär oft nicht sehen will. In der BRD werden beide gelegentlich vor oder während der Haushaltsdebatte im Bundestag aktiv, um ihre Forderungen anzumelden oder Kürzungen - zum Beispiel beim Einzelplan 14 - abzuwiegeln.

Der Globalisierung der Wirtschaft folgt die Globalisierung der Sicherheitspolitik. Eine von der Handschrift des Militärs und des Militärischen geprägte Globalisierung der Außen- und Sicherheitspolitik aber zieht eine Globalisierung der Rüstung nach sich. Dadurch entstehen heute z.B. Kosten für

- den Aufbau und den Unterhalt der eigenen Streitkräfte für sogenannte Auslandseinsätze auf stets höchstem technischen Niveau,

² Siehe Kriegsrechtfertigung heute, Beiträge zum 8. Dresdner Symposium *Für eine globale Friedensordnung*, DSS-Arbeitspapiere, Heft 68, 2004.

- den Transport des Militärs in den Krisenraum mit Stützpunkten und Basen außerhalb des NATO-Gebietes,
- den militärischen Einsatz zur Krisenbewältigung selbst, der meist unter Bedingungen erfolgt, die die eingesetzten Streitkräfte aufgrund ihrer spezifisch militärischen Ausbildung und Ausrüstung überfordern,
- die Beherrschung der unmittelbaren sozialen Folgen des militärischen Einsatzes (humanitäre Hilfe, Flüchtlingsströme, Gewährleistung der Sicherheit),
- den Aufbau einer aufwendigen Logistik und Infrastruktur zwischen dem heimatischen Stationierungs- und dem Einsatzgebiet,
- den völligen oder teilweisen Wiederaufbau des zerstörten Territoriums, vor allem bei den lebenswichtiger technischen Systemen und der weiteren Infrastruktur,
- die Versorgung und Rückführung von Flüchtlingen,
- die Rückführung der Streitkräfte aus den Krisengebieten und
- die Einrichtung oder Unterhaltung einer Verwaltung bzw. eine Art Besatzungsmacht im Einsatzgebiet.

In der Fakultät Wirtschafts- und Organisationswissenschaften der Universität der Bundeswehr in München wurden kurz nach Beginn des Krieges der NATO gegen Jugoslawien Kostenberechnungen für diese Auseinandersetzung angestellt. Dabei ging man davon aus, daß der rein militärische Finanzbedarf der NATO 30 Mrd., die sogenannte humanitäre Hilfe 13 Mrd. und der *Wiederaufbau* Jugoslawiens und der gesamten Region 37 Mrd. DM kosten würden.³ Es ist also falsch davon auszugehen, daß die NATO im Jugoslawienkrieg von einer Kostenlawine überrollt worden wäre, die nicht vorauszusehen war. Wir hatten und haben es mit einem eiskalten militärischen – und einem profitorientierten ökonomischem – Kalkül zu tun.

Es gibt kritische Stimmen aus den USA, wonach sich diese direkten und indirekten Kosten beim Irak-Krieg bis 2012 auf etwa 1,9 Billionen Dollar belaufen könnten.⁴ In eine realistische Analyse dieser Aufwandsexplosion müssen darüber hinaus aber auch die längerfristigen Folgekosten solcher Kriegsszenarien mit einbezogen werden, zum Beispiel eine mögliche Erhöhung des Ölpreises. Über die Steigerung der Produktionspreise versuchen schon jetzt die weltweit tätigen Unternehmen diese Kosten rigoros auf die Verbraucher abzuwälzen. Dadurch werden in den nationalen Volkswirtschaften die inflationären Tendenzen angeheizt. Viele Fachleute sind sich heute einig, daß die gegenwärtige offizielle Wirtschafts- und Währungspolitik der USA an einer solchen Marschroute ausgerichtet ist – und damit die gesamte Weltwirtschaft destabilisiert werden wird. Die übergroße

³ Zitiert nach J. Gerber, Kommende Pflichten der Militärökonomien, in: S. Schönherr (Hrsg.), Vortragsveranstaltung ... Streitkräfte, Ökonomie und Europäische Sicherheit der Gesellschaft für Militärökonomie e.V., Verlagsabteilung, Dachau 1999, S. 42 f.

⁴ Siehe Neues Deutschland vom 31.03.2003.

Mehrheit der Weltbevölkerung wollte diesen Krieg gegen den Irak nicht. Sie muß aber die Kriegs- und Rüstungspolitik der USA und ihrer Verbündeten mit bezahlen.

Die *Globalisierung* des Militäreinsatzes und die Schaffung entsprechender ökonomischer Voraussetzungen im Rahmen heutiger Sicherheitspolitik, vor allem durch die USA, aber auch durch europäische Staaten, führt zu einer nicht hinnehmbaren Pervertierung des Militärischen. Es wird Krieg geführt mit dem schon vorher bewußt kalkulierten Ergebnis, daß die kriegführenden Länder auch für die engeren und weiteren Kriegsfolgen aufkommen müssen. Selbst wenn ein solches *Folgenmanagement* dann nicht direkte Streitkräfteausgaben nach sich zieht, handelt es sich doch um Aufwendungen, die auf der Grundlage einer militärisch orientierten Außen- und Sicherheitspolitik, durch Militäreinsätze, hervorgerufen wurden. Für diese Aufwendungen gibt es dann keine echte Alternative mehr.

An der ökonomischen Destruktivität und politischen Sinnlosigkeit solchen sicherheitspolitischen Handelns ändert auch der Hinweis auf den geradezu schizophrenen Umstand nichts, daß dadurch Arbeitsplätze gesichert werden könnten und den betreffenden Unternehmen Gewinnmaximierung in Aussicht stünde. Eine solche Einschätzung, die manchem Globalisierungsbefürworter, aber auch manchem Globalisierungsgegner - wenn auch aus jeweils anderen Motiven - allzu leicht von den Lippen geht, ist heute sehr kritisch zu hinterfragen.

Natürlich bleibt im Umfeld neoliberaler Wirtschaftspolitik die Rüstung und ihre Finanzierung nach wie vor ein gewaltiges staatliches System von Subventionen für die Großunternehmen. Damit ist sie ein nicht wegzudenkender Hebel der Umverteilung des Volkseinkommens von unten nach oben. Aber in diesem staatsmonopolistischen Wirkungsmechanismus ist viel Sand ins Getriebe gekommen. Wie in der Wirtschaft überhaupt, veränderte sich auch im *Dienstleistungssektor Sicherheit* das Verhältnis von Sach- und Humankapital. Auch hier wird immer mehr menschliche Arbeitskraft – eben Vernichtungskraft – freigesetzt. Es entstehen nicht nur hochproduktive volltechnisierte Bereiche der Rüstungsindustrie, sondern auch adäquate Truppenkörper. Am *Arbeitsplatz Streitkräfte* erhöht sich ständig der Sachkapital-Einsatz. Anders ausgedrückt: die Freisetzung an lebendiger Arbeit vollzieht sich auch in den Sicherheitsbereichen der Gesellschaft. Auch hier gerät der Kapitalverwertungsprozeß ein um das andere Mal ins Stocken.

Ähnlich kritisch müssen die angeblich ökonomisch positiven Folgewirkungen in den durch die NATO bzw. UNO militärisch befriedeten Territorien gesehen werden. Es ist eher eine *Phantom-Ökonomie*, die sich dort – zum Beispiel im ehemaligen Jugoslawien – entwickelt. Ein sogenannter selbsttragender Wirtschaftsaufschwung bleibt Wunschtraum. In der Regel leben diese Länder von den laufenden – vorwiegend monetären – Transfusionen der Geberländer und den Aktivitäten vieler Hilfsorganisationen mit ihren kapitalistisch unproduktiven Folge-

wirkungen auf die nationalen Wirtschaften.⁵ Die von den herrschenden kapitalistischen Mächten geführten oder unterstützten Weltordnungskriege lassen auch für die Zukunft nicht die Erwartung zu, daß in ihrem Ergebnis Voraussetzungen geschaffen würden, die den Weg zu einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung freimachen könnten. Um das zu erreichen, müßte der neoliberale Charakter dieser Art von Sicherheitspolitik aufgegeben werden.

Welche Denkanstöße ergeben sich aus der Beurteilung heutiger Rüstungspolitik für ein auf Friedenserhaltung orientiertes Handeln im Sicherheitsbereich?

Auch scheinbar lokale und begrenzte militärische Operationen in den verschiedensten *Krisengebieten* der Erde führen heute zu Rüstungsfolgen, die die nationalen Wirtschaften auf Dauer überfordern. Die Situation im Irak nach der Okkupation durch die USA und ihre Verbündeten bestätigt das. Die *einzigste Weltmacht* stößt an die Grenzen ihrer ökonomischen und militärischen Leistungsfähigkeit. Es verwundert daher nicht, daß nach einem unilateralem militärischem Alleingang die Forderung nach multilateraler Folgenbewältigung gestellt wird, wobei selbst von den Initiatoren des Krieges nicht verschwiegen wird, daß dabei nicht nur sicherheitspolitische Gesichtspunkte eine Rolle spielen, sondern vor allem ökonomische und finanzielle.

Die gegenseitigen Abhängigkeiten zwischen Streitkräften und ihren Einsätzen auf der einen und der Rüstung auf der anderen Seite müssen stets unverfälscht, das heißt vollständig und komplex dargestellt werden. Der jeweilige politische Auftrag bestimmt immer den Umfang und die Qualität des militärischen und des sicherheitspolitischen Kräfteinsatzes. Daraus resultieren dann die Rüstungsanforderungen und der Finanzierungsbedarf.

Auch zeitweilige tatsächliche oder angebliche sicherheitspolitische Erfolge bei der Anwendung militärischer Gewalt in Krisengebieten sowie der dazu notwendigen Rüstung, wie sie sich aus einer konkreten Entwicklung ergeben können, rechtfertigen keine solche auf Dauer, wenn sie sich insgesamt als Resultat untauglicher Politik erweist, also nicht das Ergebnis eines langfristigen - an den realen Bedürfnissen der Zivilgesellschaft orientierten - Handelns darstellt.

Rüstung hat, wie militärische Gewaltanwendung überhaupt, somit immer *Ultima Ratio* zu sein und zu bleiben. Es liegt aber in der Natur der ökonomischen Rüstung, daß sie - soll sie das Funktionieren der Militärmacht gewährleisten - einen bestimmten Vorlauf braucht. Dadurch unterliegt sie aber stets einer gewissen Eigendynamik, ja sogar einer gewissen Unberechenbarkeit. Sie kann sich leicht verselbständigen oder zum Selbstzweck werden. Dadurch besteht immer die Gefahr, daß das *Ultima-Ratio-Prinzip* gesprengt wird. Gerade aus diesem Grunde

⁵ Siehe ebenda vom 10.01.2003.

ist Rüstungsfinanzierung rechtzeitig und umfassend kritisch zu hinterfragen – und gegebenenfalls zu entlarven.

Finanzierungsnot der Streitkräfte – Abhilfeversuche und Konsequenzen

Auch in der BRD verschärft sich auf dem Terrain der Militär- und Sicherheitspolitik der Widerspruch zwischen Investitionen und Finanzierung. Die ausufernde und komplexe Rüstung der BRD als Ergebnis einer Sicherheitspolitik, die an den realen Bedingungen der heutigen Welt vorbeigeht, verursacht - eingebettet in eine neo-liberale Wirtschafts- und Sozialpolitik - einen wachsenden Ressourcenbedarf, der auf Dauer nicht mehr zu decken ist und zu sozialen Verwerfungen führen kann. Rüstung und Rüstungsfinanzierung stoßen an die Grenzen der ökonomischen Möglichkeiten – auch solcher wirtschaftlich und technologisch starker Staaten wie der BRD.

Die Finanzierungsnot der öffentlichen Haushalte macht demzufolge auch vor den Streitkräften und den Sicherheitsbereichen nicht halt. Natürlich läßt ein marktwirtschaftliches System immer politische, ökonomische, soziale und rechtliche Spielräume zu, die für eine - zumindest teilweise - Kompensierung dieser Defizite genutzt werden können. Auch in dieser Hinsicht macht Not erfinderisch. Freilich werden diese Spielräume zumeist im sozialen Bereich gesucht. Sozialabbau durch Rüstung ist auch in unserer Zeit ein real existierendes Phänomen.

Darüber hinaus vollziehen sich seit einiger Zeit im Sektor Rüstung und Rüstungsfinanzierung Entwicklungen, die von der Öffentlichkeit nicht immer wahrgenommen wurden, und wenn, dann nicht in ihrer vollen Tragweite. Wer Widerstand gegen eine falsche Sicherheitspolitik führen und organisieren will, sollte aber auch in diese *Dunkelkammern* heutiger Rüstung schauen und das *Innovationspotential* der Rüstungsplaner und -haushälter aufhellen.

- Ein Weg, der Kapitalknappheit – vor allem bei der Streitkräftefinanzierung – zu begegnen, wird in neuen Beschaffungsmethoden gesehen, wie sie teilweise schon im Ausland *erprobt* worden sind. Eines der Zauberworte heißt hier Leasing.⁶ Bewegliche und unbewegliche Kampfmittel sollen gegen Entgelt gemietet statt gekauft werden. Nutzung von Fremdeigentum als Vermögensersatz ist angesagt. Sehr schnell können damit Liquiditätsreserven erschlossen werden, um militärische Neuinvestitionen oder Modernisierungen in die Wege zu leiten. Daß dadurch aber, langfristig gesehen, die Rüstungslasten erheblich wachsen können sowie ein vor allem in Spannungszeiten kaum zu kalkulierendes Abhängigkeitsverhältnis von der Wirtschaft entstehen kann, wird oft verschwiegen.

⁶ Siehe u.a. Finanzierungsnot der Streitkräfte. Alternative Methoden der Kapitalbeschaffung am Beispiel von Leasing, Gesellschaft für Militärökonomie e.V., 1998.

- Während Rüstungs-Leasing weltweit – und seit längerem auch schon in der Bundeswehr – in größerem Stil praktiziert wird, ist die Forderung nach börsengängiger Finanzierung von Streitkräften noch ein Diskussionsthema. Die Vordenker auf diesem Gebiet favorisieren z.B. Staatsanleihen für konkrete militärische Unternehmungen, die nach Abschluß zu Renditezahlungen führen, oder Sponsoring bestimmter Branchen (Ölindustrie). Aber auch Betreiberfonds, z.B. militärische Investmentfonds für Depots, Kasernen, Flugplätze u.a., stehen hoch im Kurs. Mit offenen oder geschlossenen Immobilienfonds läßt sich für die Betreiber ja schon seit längerem gutes Geld machen. Warum sollte man diese Erfahrungen nicht auf den Sicherheitsbereich übertragen können? Diese Kapitalverwertungslogik kommt nicht allzu überraschend. Bisher hat aber selten jemand gefragt, wer die Prämien für das kaum zu kalkulierende Risiko solcher im Sicherheitsbereich zu bildenden Fonds bezahlen soll und kann.
- Seit Jahren schon sieht die politische und militärische Führung der Bundeswehr, assistiert von Parlamentariern, Funktionären der tonangebenden Parteien und großen Teilen der *zuständigen* Wissenschaft, ein großes Einspar- und Effektivitätspotential bei der Ressourcenbereitstellung und -verwendung für sicherheitspolitische Zwecke in der Privatisierung nicht unmittelbar militärisch relevanter Bereiche der Streitkräfte und anderer Sicherheitsbereiche. Dieser neoliberale Trend im Umgang mit öffentlichen Mitteln und Bereichen macht also auch vor Streitkräften und Sicherheit nicht halt. Dabei geht es keineswegs nur um solche Größenordnungen wie der Privatisierung des Bekleidungswesens durch ein neues *Bekleidungs-Managements (NMB)*. Mit dem Projekt *Herkules* soll z.B. die gesamte nichtmilitärische Kommunikationstechnik der Bundeswehr modernisiert und privatisiert werden.⁷ In diesem Zusammenhang darf nicht nur gegen die *Verscherbelung des Tafelsilbers* argumentiert werden. Wer soll denn privatwirtschaftlich organisierte militärische Dienstleitungen in Spannungsperioden oder bei Auslandseinsätzen mit ihren erwiesenermaßen extrem hohen Kosten bezahlen? Und wenn argumentiert wird, das dürfe nur bis kurz vor Beginn einer *heißen* Phase geschehen, muß die Gegenfrage gestellt werden: Wer sichert militärökonomische Funktionsfähigkeit des Streitkräfteeinsatzes dann im *Ernstfall*?
- Mit großem Aufwand und bescheidenem Erfolg wurde und wird von Scharping bis Struck versucht, die schon von den Verteidigungsministern in der Kohl-Ära angedachte Einführung moderner Management-Methoden weiter zu beschleunigen. Bekanntlich rief Ende der 90er Jahre der damalige Verteidigungsminister die *GEGB (Gesellschaft für Entwicklung, Beschaffung und Betrieb)* ins Leben, holte sich führende Unternehmensberater mit millionenschweren Beraterverträgen ins Haus und schloß eine Reihe Kooperationsverträge mit der Wirtschaft ab. Bevorzugte Kooperationsfelder waren und sind: Instandsetzung

⁷ Siehe: Die Bundeswehr, Heft 02/2004, S. 2; Heft 12/2002, S. 18.

und Logistik, Fernmelde- und Führungssysteme, Informationstechnologien, Liegenschaftsverwaltung u. a. 14 Pilotprojekte wurden damals vereinbart. Wie nicht anders zu erwarten war, erwies sich der Koloß Bundeswehr mit seinem überdimensionalen Logistikapparat aber als sehr beraterresistent, und die Kooperation mit führenden Wirtschaftsunternehmen kam und kommt nur äußerst schleppend voran, da ihr betriebswirtschaftliches Denken naturgemäß einseitig gewinnorientiert ausgerichtet ist. Von den damals avisierten 2,2 Milliarden Einsparungen auf Seiten der Bundeswehr redet schon längst niemand mehr.

- Parallel dazu läuft schon seit geraumer Zeit ein Prozeß, der vor allem die innere Verfassung der Bundeswehr verändern und zeitgemäßer machen soll: die Einführung der Kostenrechnung als Führungsmittel.⁸ Die jahrhundertlang übliche kameralistische Rechnung in Staat und Streitkräften und die damit verbundene bürokratische Geschäftserledigung der Mittelbeschaffung und -verwendung, die eindeutig einnahme/ausgabe-orientiert erfolgte, soll durch eine Kosten-Nutzen-Rechnung abgelöst werden. Dieser Prozeß verläuft schleppend, aber nicht ohne Ergebnisse. Viele Politiker, Militärs und Wissenschaftler beschränken sich mit dieser Forderung aber nicht nur auf die innere Entwicklung in der Bundeswehr. Sie verlangen Kosten/Nutzen-Rechnung z.B. auch bei Einsätzen der Streitkräfte überhaupt, so z.B. auch im Ausland. Handhabbar wird eine solche Führungspraxis nur, wenn man in der Lage und gewillt ist, die Kategorie Nutzen hinreichend genau zu bestimmen.⁹
- Eine solche *Ökonomisierung* in den Streitkräften soll bis auf die einzelnen Handlungsfelder des Bundeswehrangehörigen durchschlagen. Es hat sich die Auffassung durchgesetzt, daß die Bundeswehr ein Betrieb ist, der mit ökonomischen Daten wie Kapital, Vermögen, Geld, Kosten und Erträgen umzugehen hat. Mit der 1993 eingeführten Kosten/Leistungs-Verantwortung (KL V) wurde ein neues Kapitel angewandter Betriebswirtschaft in der Bundeswehr aufgeschlagen. Es besteht darin, auf jeder militärischen Führungsebene und bei möglichst allen militärischen Aufgaben nach einer Kosten-/Leistungs-Rechnung (KLR) vorzugehen und darüber hinaus, bzw. daran anschließend, nach einem Kontinuierlichen Verbesserungsprogramm (KVP) zu verfahren.¹⁰
- Natürlich verlaufen Rüstung und Rüstungsfinanzierung im Sicherheitsbereich nicht außerhalb der europäischen Integrationsprozesse. Es intensivieren sich nicht nur die Versuche der Herrschenden, Europa endlich militärisch stärker zu

⁸ Siehe J. Gerber, Europäische Militärökonomie in einem sich globalisierenden Umfeld, Osnabrück 2000.

⁹ Siehe J. Gerber, Europäische Militärökonomie a.a.O.

¹⁰ Siehe K. Walther, Die Grundlagen der Kosten- und Leistungsverantwortung in der militärökonomischen Entwicklung der Bundeswehr, in: S. Schönherr (Hrsg.), Streitkräfte, Ökonomie und Europäische Sicherheit, Dachau 1999, S. 227 ff.

machen. Eine Voraussetzung dafür sieht man darin, auch die Rüstungsanstrengungen komplexer und koordinierter zu gestalten – und zwar weit über die direkte Kooperation einzelner Rüstungsunternehmen hinaus, die ja schon seit Jahrzehnten läuft und, vor allem bei der Luft- und Seerüstung, beträchtliche betriebs- und volkswirtschaftliche Ergebnisse zeitigte. Vor allem unter dem Gesichtspunkt immer knapper werdender Haushaltsmittel für die Rüstung in den alten - vor allem in den neu hinzukommenden Ländern der EU - gibt es Überlegungen, eine Europäische Rüstungsagentur zu etablieren, die entsprechend der jeweils von der EU erteilten Aufträge integriert produzierte Militärtechnik u.a. den einzelnen Ländern zuführen könnte. Als eine Voraussetzung dafür wird die Tätigkeit einer Europäischen Finanzierungsbank für militärtechnische Systeme angesehen, die mit Haushaltsmitteln der EU-Länder ausgestattet sein müßte, aber auch eigene Emissionsrechte besitzen sollte. Sie könnte dann durch Organisation entsprechender Finanzströme nach einheitlichen, effektivitätsorientierten Gesichtspunkten Forschung, Entwicklung, Konstruktion und Produktion von Waffensystemen – und natürlich deren Beschaffung – lenken. Dazu müßte sie entsprechende Finanzierungsmethoden entwickeln und umsetzen. Mit solchen Rüstungspraktiken verspricht man sich zugleich auch strukturpolitische Effekte in den einzelnen Ländern.¹¹

Wir haben es also gegenwärtig mit einer eigenartigen Gemengelage zu tun, wenn wir Rüstung und Rüstungsfinanzierung untersuchen. Wer Streitkräfte und die damit verbundene Rüstung in bestimmten Umfängen akzeptiert, wird einzelnen Bestrebungen dieser Art Effektivitäts- und Rationalisierungseffekte nicht absprechen können. Daß sie auf der Basis marktwirtschaftlicher – und damit heute neoliberaler – Wirtschaftspraktiken basieren, kann nicht verwundern.

Alle für eine globale Friedensordnung eintretenden Menschen werden freilich diese inneren Reformen auf dem weiten Feld der Militär- und Sicherheitspolitik und ihrer Finanzierung nur unterstützen, wenn sie von einem ernsthaften Konzept einer dauerhaften globalen Friedensordnung ausgehen und nicht lediglich eine Alibifunktion zur Begründung überzogener und unzweckmäßiger Sicherheitsstrukturen haben und dafür größere Finanzierungsspielräume schaffen sollen.

Zur Wahrnehmbarkeit heutiger Rüstung und Rüstungsfinanzierung

Keiner unter denen, die für eine friedensbewahrende Sicherheitspolitik eintreten, zweifelt daran, daß Rüstung immer auch die Wirtschaft erfaßt und die Staatsfinanzen betrifft.

Die gepriesene soziale Marktwirtschaft der BRD mit ihren zweifellos beachtlichen sozialen Sicherheitssystemen ist samt ihrem *Sozialstaat* doch nicht nur deswegen in

¹¹ Siehe u.a. Infodienst Sicherheit und Ökonomie, Hrsg. Gesellschaft für Militärökonomie e.V., Nr. 3 u.4, Dachau 2002.

die Krise geraten, weil die politischen Macher – welcher Couleur auch immer – strukturelle Defizite zugelassen haben, Reformwillen vermissen ließen oder weil die konjunkturelle Weltlage plötzlich einen nicht vorhersehbaren Streich gespielt hätte. Nein, die heutige soziale Situation zwischen unkontrolliertem Wachsen des Ressourcenbedarfes und relativer Abnahme des Ressourcenpotentials, der Widerspruch zwischen den abnehmenden finanziellen Mitteln der öffentlichen Haushalte und der außergewöhnlichen Zunahme des Reichtums bestimmter privater Haushalte, viele Großunternehmen eingeschlossen, ist auch durch eine verfehlte Außen-, Militär- und Sicherheitspolitik der letzten Jahrzehnte und deren Finanzierung entstanden.

Trotzdem tritt ein schwer erklärbares Phänomen auf. Beim Erkennen und Bewerten der Rüstung und ihrer Finanzierung bestehen im Ringen um dauerhaften Frieden und zeitgemäße Sicherheit unübersehbare Wahrnehmungsdefizite. Ausmaß und Folgen heutiger Rüstung und ihrer Finanzierung werden unterschätzt.

Dafür sind sicher eine Reihe von Gründen ausschlaggebend:

- Trotz nach wie vor weit überzogener Rüstungsanstrengungen der NATO-Länder ist, die USA ausgenommen, die effektive Rüstungsbelastung nach Beendigung der Blockkonfrontation im Regelfall zurückgegangen. Zudem halten sich die sozialen Auswirkungen – z.B. in den sogenannten G7-Staaten – in Grenzen. In den 80er Jahren betrug die BRD-Rüstungsausgaben etwa 3,5 Prozent des BIP, 2001 waren es nur noch etwa 1 Prozent. Gegenwärtig hat sich diese Größe auf 1,5 Prozent eingeppegelt. Von den Militärs werden aber mindestens 2 Prozent gefordert.
- Die Beanspruchung der Staatsfinanzen durch militärische Rüstung ist durch das starke Anwachsen der Haushaltsvolumina in den Ländern anteilmäßig relativ geringer geworden. Effektivitäts- und Produktivitätssteigerungen führten zu wachsenden Budgets. Den umfangreicheren Staatsfinanzen folgte zwar keine akzeptablere Wirtschafts- und Finanzpolitik, erst recht keine gesellschaftsstabilisierende Sozialpolitik. Sie erzeugten aber die Tendenz stagnierender oder fallender Rüstungsbelastung.
- High-Tech-Entwicklung und eine Sicherheitspolitik, die von einem sehr breiten Sicherheitsverständnis ausgeht, beziehen immer mehr Ressourcen ein, die auf den ersten Blick nicht sofort zu den militärisch oder sicherheitspolitisch relevanten Bereichen gehören. Es werden Ressourcen für Sicherheitszwecke beansprucht, die nach außen hin schwer als solche erkennbar oder bewertbar sind und in den ausgewiesenen rüstungsrelevanten Haushalten oder anderen Projekten nicht erscheinen. Die Kriegsnachfolgekosten der USA, die der Irak-Krieg verursachte, werden zum Beispiel von Anfang an über einen Sonderhaushalt gedeckt. Dieser Quantensprung in den ökonomischen Aufwendungen

für die USA-Kriegspolitik wird somit in der staatsoffiziellen Rüstungsplanung so gut wie nicht registriert.

- Das von vielen Massenmedien unterstützte Einschwören der militanten Kreise auf einen angeblich zu forcierenden *Kampf gegen den Terrorismus* hat natürlich auch die *Leidensfähigkeit* breiter Bevölkerungskreise in vielen Ländern der Welt erhöht, um Rüstungslasten als politisch gerechtfertigt hinzunehmen. Seit 1992 wachsen die Militärhaushalte aller Staaten wieder um durchschnittlich 6 Prozent. In den USA gibt es Steigerungsquoten von 10, in Rußland von 12, in China von 18 Prozent.
- Die Rüstungswirtschaft selbst, also die Wehrgüterproduktion, spielt im Wirtschaftskreislauf – und zwar in all seinen Sektoren – eine nicht dominierende Rolle. Sie hat sich auf eine Höhe von etwa 3 Prozent eingetaktet. Selbst wenn im Hinblick auf eine wirklich soziale Marktwirtschaft mit ausreichender Umweltverträglichkeit und vertretbar hohen Sicherheitsstandards immer noch eine unvertretbar hohe Rüstungspolitik betrieben wird, ist damit eine gesamtgesellschaftliche Belastung verbunden, die keine gravierenden Folgen erkennen läßt. Die vielen ungelösten wirtschaftlichen, sozialen oder ökologischen Probleme resultieren nicht nur - und nicht in erster Linie - aus überzogenen Rüstungen, sondern aus mangelndem politischem Gestaltungswillen gegenüber dem Wirtschaftsgeschehen überhaupt. Der Gesamtressourcennutzung liegen falsche Prioritäten zugrunde.
- Schließlich kommt noch hinzu, daß die Rüstungswirtschaft selbst eine mächtige Lobby hat, nach Rüstungsaufträgen schreit und sich keineswegs eine Selbstbeschränkung auferlegt. Auch die seit Existenz der Bundeswehr immer wieder zu beobachtenden kriminellen Beschaffungspraktiken sind nicht rückläufig. Trotzdem dürfen wir nicht vor der Einschätzung zurückschrecken, daß die Wirtschaft in ihrer Gesamtheit auf dem großen, wachsenden Nichtrüstungsmarkt unter den Gesichtspunkten der Globalisierung, der Osterweiterung und der Dominanz gegenüber den Ländern der Dritten Welt oft bessere und stabile Kapitalverwertungsbedingungen vorfindet als im einseitigen Rüstungsgeschäft und seiner Ausweitung. Freilich bestätigen auch hier Ausnahmen die Regel.

Wir dürfen also nicht in den Denkvorstellungen des Kanonenkönigs Krupp vor dem Ersten Weltkrieg oder den Rüstungsgewinnambitionen der IG Farben zur Zeit des Zweiten Weltkriegs verhaftet bleiben. Die Etablierung der *Neuen Ökonomie*, die Praxis des Shareholder value, die Strukturbedürfnisse der Informations- und Dienstleistungsgesellschaft in einer sich globalisierenden Welt müssen zu einer Neubewertung der Rüstungswirtschaft und ihrer sozialen Auswirkungen führen. Es ist zudem stärker zu beachten, daß die Grenzen zwischen Rüstungs- und *ziviler* Wirtschaft zunehmend fließend und schon längst nicht mehr klar erkennbar sind. Wirtschaftliches Rüsten wird damit nicht sozialer oder ungefährlicher. Seine Rolle

in der Gesellschaft verändert sich aber, und damit sicherlich auch die Formen der Auseinandersetzung mit ihr.

Die Rüstung des Staates oder der Staatenvereinigungen dominiert heute bei weitem nicht mehr so das gesellschaftliche Leben, wie wir es aus den Zeiten vor dem Ersten oder auch vor dem Zweiten Weltkrieg kennen. Ja selbst die Remilitarisierung der BRD nach ihrem NATO-Beitritt und dem Wiederaufbau eigener Streitkräfte hatte viel gravierendere soziale Auswirkungen, als das bei der heutigen Rüstungswirtschaft der Fall ist. Die Befriedigung der materiellen und kulturellen Lebensbedürfnisse der Menschen wird heute zunehmend stärker durch solche Faktoren beeinflußt, wie Polarisierung von Arm und Reich infolge eines durchgehend neoliberalen Wirtschaftskurses, Umweltgefahren, Nord-Süd-Konflikte, Flüchtlingsströme, Terrorismusbekämpfung u.a. Hinweise auf solche Tatbestände stellen keine Verharmlosung der ökonomischen Rüstung dar; sie helfen aber, richtige Ansatzpunkte für ein offensives und zielorientiertes Wirken aller am Frieden Interessierten zu finden.

Friedensbewegung in der Pflicht – gegen Rüstung in ihrer Komplexität

Friedensbewegte sind in die Defensive gedrängt worden. Wissenschaftlichen Einrichtungen, die Friedensforschung betreiben, drohen drastische Mittelkürzungen. Das darf uns aber nicht daran hindern, immer wieder zu betonen, daß die neuen Weltordnungskriege und ihre unterschiedlichen diplomatischen Aktivitäten im Vorfeld zu gravierenden Belastungen der nationalen Volkswirtschaften führen. Mehr noch, viele dieser Kriege sind selbst *Geschäft, Erwerbstätigkeit* von Kriegsgewinnlern geworden, sind also wieder *stehender Erwerbszweig*.¹² Gefährlich daran ist, daß solche Sachverhalte nicht immer so offensichtlich sind, weil diese *neuen Kriege* - und alles Geschehen drum herum - in den Medien oft in einer irreführenden und verantwortungslosen Terminologie widergespiegelt werden.

Die subjektive Wahrnehmung der neuen qualitativen Rüstung und der modifizierten Finanzierungspraktiken bleibt hinter den real ablaufenden Prozessen zurück. Es ist zwingend notwendig, diese Defizite zu beseitigen.

Es ist wieder mehr ins öffentliche Bewußtsein zu rücken: Widerstand gegen eine militarisierte Außen- und Sicherheitspolitik hat sich selbstverständlich gegen falsche Sicherheitsstrategien oder -taktiken, gegen unverantwortliche politische oder militärische Aktionen - in welchem Krisengebiet auch immer - zu richten. Aber die Voraussetzungen jeder Sicherheits- und Militärpolitik werden mittels Rüstung und ihrer Finanzierung geschaffen. Sie sind in der Regel das erste Glied unheilbringender Verkettungen. Wenn bereits die politisch gewollte Ursache, nämlich Rüstungsaktivitäten der Verantwortlichen im eigenen Land, in der EU, in der

¹² Siehe F. Engels, der Ursprung der Familie, des Privateigentums *und* des Staates, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 21, Berlin 1962, S. 159 f.

NATO, angeprangert wird, können bestimmte Folgen mitunter gar nicht erst eintreten bzw. viel entschiedener durch gezielte Aktionen planvoll bekämpft werden.

Auch bei den militärökonomischen Überlegungen zur Friedenssicherung gilt der Grundsatz: Militärische Logik läßt sich nicht zivilisieren. Die politisch Verantwortlichen müssen gezwungen werden, nicht primär durch den Gebrauch militärischer Mittel und den Streitkräfteeinsatz an die Lösung der aktuellen Sicherheitsfragen heranzugehen und erst im nachhinein zu überlegen, wie *zivil* - auch ökonomisch, finanziell - nachgeregelt werden muß. Von Anfang an müssen die nichtmilitärischen, zivilen Mittel und Möglichkeiten ausgelotet und angewendet werden. Der Einsatz der Streitkräfte muß bei jeder Konfliktsituation als letztes Mittel angesehen werden. In einer Periode tiefgreifender innerer Umbrüche in der Gesellschaft (Sozialsysteme, Beschäftigungsformen, Finanzierungsmethoden u.a.) hilft das dann die Frage richtig zu beantworten: Wieviel Rüstung braucht – oder verträgt – unsere Zeit? Welche Rüstungen müssen es sein, und im Interesse welcher real existierenden Sicherheitsbedürfnisse sollen finanziert werden?

Aus solchen sicherheitsrelevanten militärökonomischen Überlegungen kann auch ein Stück Friedenshoffnung geschöpft werden. Die neuen Kriege und Militäreinsätze, vor allem jene in Jugoslawien, Afghanistan und im Irak, werden gewöhnlich als asymmetrische Kriege bezeichnet.¹³ Insofern hier eine militärisch haushoch überlegene Militärmacht gegen einen militärischen Zwerg handelte und dieser keine Chance hatte, in realer Gegenseitigkeit dem Aggressor zu begegnen, stimmt eine solche Begriffsbildung. Falsch wäre es aber, daraus die Folgerung abzuleiten, daß der Stärkere in diesem asymmetrischen Verhältnis neben den aktuell militärischen für immer und ewig auch über alle ausreichenden ökonomischen Potenzen verfügen würde, so daß Kriegführung und Kriegsfolgen für ihn ohne weiteres verkraftbar wären. Gerade am Beispiel der USA und ihrer Kriegführung im Irak wird bei der *Kriegsnachsorge* durch diese Supermacht deutlich, daß bei allem Spielraum, den heute die imperialistischen Großmächte auf dem Gebiet der Rüstungsfinanzierung haben, eines Tages die Einschätzung zutreffen könnte: Militarisierte Außen- und Sicherheitspolitik braucht nicht nur an der rein militärischen Nichtmachbarkeit dieser neuen Kriege scheitern; sie kann auch wegen ihrer ökonomischen Undurchführbarkeit fehlschlagen. Eine solche Einschätzung sollte für eine kritische Politikbegleitung der heute Regierenden oder bei einer energischen Bekämpfung der Politik uneinsichtiger Verantwortungsträger Mut machen und mithelfen, daß Friedensbewegte wieder in die Offensive kommen.

Diesen Mut wünschen wir auch dem Jubilar für die nächsten Jahre – in seinem weiteren Wirken für eine gemeinsame Sicherheit.

¹³ Siehe: Gibt es in der Frage *Krieg oder Frieden* noch den Westen?, Beiträge zum 12. Dresdner Friedenssymposium, in: DSS-Arbeitspapiere, Heft 69, 2004, S. 25 ff.